69. Jahrgang. № 535

Sonnabend, 20. Dezember 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr: v. 16. bis 31. Dezember 1924 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat Dezember 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue
An beiden Feiertagen werden Mittag- und Abend-Festmenus verabreicht, dabei Tafelmusik
Am 2. Feiertag abends Hausball
Hierzu sind Tafelkarten spätestens am Tag vorher beim Oberkellner zu entnehmen

26 Prager Straße — Elegantes Reisegepäck — Adolf Näter — Feinste Lederwaren — Prager Straße 26

Die Vorwände für den Kölner Vertragsbruch

Ernüchterung in Berlin. — Das Reichskabinett plant eine Protestaktion.

Die evangelische Landessynode Bayerns für den Kirchenvertrag. — Der parlamentarische Leerlauf. — Begnadigungen in München.

Das englisch-französische Kompromiß.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 19. Dezember. Durch die gestrigen Erklärungen Curzons im englischen Oberhaus über die Hinausschiebung der Räumung der Kölner Zone sind die seit langem gehegten Befürchtungen von einem neuen Gewaltakt der Alliierten nahezu Tatsache geworden. Es hat sich jetzt nach Auffassung unterrichteter Stellen gezeigt, daß schon bei der Anwesenheit des englischen Außenministers in Paris ein englisch-französisches Kompromiß vereinbart worden ist, wonach Frankreich England in Aegypten freie Hand läßt und England dafür ein Entgegenkommen in der Räumungsfrage zusagt. Wie verlautet, hatte bei verschiedentlichen diplomatischen Besprechungen, die über die Räumungsfrage auch von deutscher Seite aus eingeleitet wurden, noch bis in die letzte Zeit hinein die Aussicht bestanden, daß

in einer freien Vereinbarung zwischen Deutschland und den alliierten Mächten

die Räumung der Kölner Zone etwas hinausgeschoben, dafür aber die Räumung des Ruhrgebietes, die nach den Londoner Vereinbarungen am 1. August 1925 beendet sein muß, vorverlegt werden sollte. An die Stelle einer derartigen Vereinbarung ist nunmehr der Versuch Englands und Frankreichs getreten, Deutschland durch falsche Beschuldigungen zu einem Zugeständnis über die Hinausschiebung der Räumung zu zwingen. Zunächst wird, obwohl noch nach amtlicher englischer und französischer Auffassung der Bericht über die Generalkontrolle bis Mitte Dezember vorliegen sollte, die Fertigstellung des Berichtes soweit verzögert, daß er erst Mitte Januar offiziell erstattet werden wird. Die Schuld der Verzögerung schiebt man Deutschland zu, obwohl die deutsche Regierung seit dem Beginn der Generalkontrolle alles getan hat, um die Maßnahmen der Militärkontrollkommission zu erleichtern. **Wenn der Bericht am 10. Januar, dem Verfalltage für die Räumung der ersten rheinischen Zone nicht vorliegt, soll darin der erste Vorwand für eine Hinauszögerung der Räumung gefunden werden.** Weiter will man Deutschland dann in einer Beratung der Botschafterkonferenz den Vorwurf machen, daß es einzelne Forderungen der Militärkontrolle nicht erfüllt habe und man will Deutschland einige Monate Zeit zur Durchführung dieser Forderung geben.

Für den Ablauf dieser Frist soll dann die gleichzeitige Räumung der ersten rheinischen Zone und des Ruhrgebiets zugesagt werden,

aber nur unter der Voraussetzung, daß die Erfüllung der nochmals an Deutschland gestellten Forderungen festgestellt wird. Mit dieser Taktik haben Engländer und Franzosen dann einen neuen Grund für eine abermalige Hinauszögerung der Räumung gefunden. Wahrscheinlich wird noch das gegenwärtige Geschäftsministerium die ersten amtlichen deutschen Schritte in dieser Angelegenheit tun müssen, da anzunehmen ist, daß am 10. Januar im Reichstag noch keine aktionsfähige Regierung gebildet sein wird. Die Anwesenheit des deutschen Botschafters v. Hoesch in Berlin hing schon mit dem neuen diplomatischen Schritt Deutschlands in der Räumungsfrage zusammen. Auch auf die Rede Lord Curzons dürften diplomatische Verhandlungen des deutschen Botschafters in London folgen. **Jedenfalls ist jetzt der erneute Beweis gegeben, daß man auch einer deutschen Linksregierung sich in den Fragen der Politik genau so gegenüberstellt, wie einer Rechtsregierung, ohne jegliche Rücksicht auf den von unseren Linksleuten so viel gerühmten „Abbau des Völkerhasses".**

Ein erfreuliches englisches Urteil.

Deutschland soll für die Sünden der Entente büßen.

London, 19. Dez. „Manchester Guardian" schreibt in einem Leitartikel zu der gestrigen Erklärung Lord Curzons über die Räumung der Kölner Zone: Wenn Deutschland bis zum 10. Januar des Verstoßes gegen den Friedensvertrag nicht überführt ist, **der beträchtlich genug ist, um die Verlängerung der Besetzung zu rechtfertigen, so ist es berechtigt, die Zurückziehung der Truppen zu verlangen.** Da die Kontrollkommission ihren Bericht erst nach dem 10. Januar erstatten wird, so wird es eine Periode geben, während der wir die widerrechtliche Besetzung aufrechterhalten würden. **Ohne den Bruch des Friedensvertrages durch einen der Alliierten würde die Kontrolle inzwischen bereits an den Völkerbund übergegangen sein. Deutschland soll offenbar für die Sünden büßen, die ihm gegenüber begangen worden sind.** Die deutsche Zustimmung zu einer kurzen Verlängerung der Besetzung könnte ohne Zweifel gesichert werden.

Keine Räumung, sondern eine „Mitteilung".

London, 19. Dez. Zu der Frage des Datums der Räumung der Kölner Zone erfährt Reuter, die Angelegenheit sei bekanntlich schon in Rom erörtert worden. **Vermutlich wird an dem vom Versailler Vertrag festgesetzten Datum im Januar der deutschen Regierung irgendeine Mitteilung gemacht werden müssen.** Die Verzögerung des Berichts der Militärkontrollkommission ist anscheinend zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß vom Zeitpunkt der Besetzung des Ruhrgebiets an bis etwa September, wo der Dawes-Plan zu laufen begann, keine Kontrolle vorhanden war.

Die Machtprobe.

Aus dem wirren Chaos, das sich „Berliner Regierungskrise" nennt, hat sich in den vergangenen 48 Stunden eine optische Tatsache immer deutlicher herauskristallisiert, in der letzten Endes der tiefere Sinn der scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung ruht: Das ist der Entscheidungskampf zwischen Volkspartei und Zentrum, oder allgemeiner ausgedrückt die Notwendigkeit für die beiden großen Parteien der bisherigen „Mitte", eine grundsätzliche Neuorientierung ihrer politischen Gesamteinstellung vorzunehmen. Als bei der letzten Regierungskrise vollständige Klarheit darüber geworden war, daß die Mitte aufgehört habe, als politische Realität zu existieren, entschloß sich zunächst die Demokratische Partei, wenn auch nicht ohne innere Widerstände, zur entschiedenen Schwenkung nach links; die Deutsche Volkspartei, etwas behutsamer, aber immerhin ziemlich eindeutig, wandte sich zur Rechten, und ehe sich's das Zentrum versah, stand es allein auf weiter Flur. Sofort machten sich die Spannungen der so gegensätzliche Elemente in sich vereinigenden Partei aufs unerträglichste bemerkbar, und aus der Hauptsorge, die Trennungslinie zwischen rechts und links nicht durch das „Zentrum des Zentrums" gehen zu lassen, wurde das Schlagwort der Volksgemeinschaft im Marxschen Sinne geboren. So überaus national-verantwortungsbewußt es klang, war es doch in Wirklichkeit nichts anderes als der letzte verzweifelte Versuch, den durch ein halbes Jahrundert geheiligten Charakter der Partei zu bewahren und den überragenden Einfluß des Zentrums, koste es, was es wolle, zu erhalten. Das Zentrum, die einzige seit der Revolution immer an der Regierung befindliche Partei, hoffte damit einer klaren Entscheidung zu entgehen, ja, als bedeutungsvollstes Bindeglied zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten seine Machtstellung aufs stärkste auszubauen. Der Versuch mißlang, das Zentrum wich aber der Entscheidung gleichwohl aus und belastete taktisch gewandt die Demokraten mit der Reichstagsauflösung, die damit ihre Trennung vom Bürgertum endgültig besiegelten.

Die Neuwahlen, auf deren Ergebnis die Zentrumsmänner im stillen wie auf ein Wunder hofften, brachten keine Klärung — insonderheit nicht den erhofften Massenzulauf zu den Demokraten. Wohl aber ergaben sie nach dem heftigen Wahlkampf die nunmehr unumstößliche Gewißheit, daß es der Volkspartei mit ihrer Rechtsschwenkung ernst gewesen war, und daß sie die „Mitte" als ein für allemal erledigt ansieht. Abermals tritt damit die grundsätzliche Entscheidung an das Zentrum heran, und diese zu erzwingen, liegt in dem taktischen Vorgehen der Volkspartei. Zwar hatte das Zentrum bereits am Mittwoch nach der einen Seite eine endgültige Entscheidung getroffen, indem es die Teilnahme an einer reinen Rechtsregierung kategorisch aus „außenpolitischen" Gründen ablehnte, nach der anderen Seite aber hatte es sich nicht festgelegt und mit der Bereitschaft zur Teilnahme an einem die bisherige Politik gewährleistenden Kabinett noch immer versucht, den Leichnam der Mittelkoalition zu neuem Leben zu erwärmen. Vergebens! Dadurch, daß Dr. Stresemann als Antwort die Kabinettsbildung ablehnte, wurde auch durch diese saubere Rechnung ein Strich gemacht, und Dr. Marx versuchte es aufs neue, Zentrumspolitik (das ist „Politik der Mitte"!) zu machen. Bezeichnend, daß sich in diesem Augenblick zum ersten Male auch die Sozialdemokraten vernehmlich zum Wort meldeten und von der Weimarer Koalition zu schwärmen anfingen, die mit dem Namen Josef Wirth hinreichend gekennzeichnet ist. Zwar hätte ein derartiges Kabinett keine Mehrheit, umsoweniger, seitdem sich die Bayrische Volkspartei und die Wirtschaftspartei gegen eine Wirthkoalition ausgesprochen haben, aber man hofft, daß die Volkspartei des ewigen Feilschens müde wird und schließlich, wenn auch keine Beteiligung, so doch eine wohlwollende Neutralität zugesteht. Daß man dabei parteitaktische Interessen über die nationalen stellt, daß man im Kampf für ein aus egoistischen Gründen erfundenes Schlagwort: Kein Rechtskabinett! das Reich überhaupt jeder zielbewußten Führung beraubt, nimmt bei den „parlamentarisch" eingestellten Parteien der Linken nach den Erfahrungen der letzten Jahre kaum mehr wunder. Wie lächerlich, wenn dann der „Vorwärts" zwischen den Zeilen durch-

Haftentlassung Hitlers.

Umfassende Münchner Begnadigungsaktion.

München, 19. Dez. **Das Oberste Landesgericht hat die Beschwerde der Staatsanwaltschaft vom 29. September gegen den Beschluß des Landgerichts München I, durch den Hitler und Kriebel Bewährungsfrist bewilligt worden ist, verworfen. Es erhalten also Hitler und Kriebel für den Rest ihrer Strafen Bewährungsfrist. Dagegen wurde vom Obersten Landesgericht der Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen die Bewilligung einer Bewährungsfrist für Dr. Weber stattgegeben.** Das Oberste Landesgericht ist nach der Begründung des Beschlusses der Ansicht, daß über die Frage der Bewilligung einer Bewährungsfrist für Dr. Weber erst dann entschieden werden kann, wenn nach Abschluß der Untersuchung wegen Fortführung des Bundes Oberland das Landgericht Beschluß gefaßt hat.

Bewährungsfrist für Fechenbach und die Revolutionäre von 1919.

München, 19. Dez. **Vom Staatsministerium der Justiz wurde heute unter Milderung der Strafen die Strafvollstreckung gegen Mühsam, Sauber, Karpf und Olschewski unterbrochen und ihnen für den Rest der Strafen Bewährungsfrist bewilligt. Es sind dies die letzten Festungsgefangenen der Räterepublik, die seit 1919 sich ununterbrochen in Festungshaft befinden.**

Ferner ist Fechenbach, Gargas und Lembke Bewährungsfrist für den Rest ihrer gleichzeitig gemilderten Strafen bewilligt worden. Bei diesen Begnadigungen ging das Justizministerium von dem Gedanken aus, daß die Schuld der drei Verurteilten nach dem Gutachten des Obersten Landesgerichts festgestellt, daß es aber angezeigt sei, die Strafe dem vom Reichsgericht in ähnlichen Fällen angewandten Strafmaß anzupassen. (W. T. B.)

T.Sg. Schiele,
der neue Vorsitzende der deutschnat. Reichstagsfraktion.